macht hat, eine firchlich geschlossene Ehe als ungültig zu erklären (vgl. ean. 1960 ff.). Beil das Paulinische Privileg in Betracht kommt, ist auch der Ortsordinarius nicht zuständig, sondern nach ean. 1962 das Heilige Offizium, an das sich der Missionär durch Bermittlung seines Ortsordinarius wendet. Nach den eben gegebenen Ausführungen aber wird das Heilige Offizium die kirchlich geschlossene Ehe des Augustin höchst wahrscheinlich als ungültig erklären, so daß ihm also geholsen werden kann.

Münster (Westf.). P. Dr Heribert Jone O. M. Cap.

IX. (Sanation einer formlos geschlossenen Che.) Die katholische Anna und der schismatische Georg schlossen 1920 lediglich vor dem schismatischen Seelsorger eine Ghe. Anläglich einer Beichte bittet Anna den Beichtvater, ihr bei Sanierung ihrer Che behilflich zu sein: der Mann will die Che fortsetzen, aber von einer katholischen Trauung nichts wissen. Um Orte ihres Aufenthaltes gelten Georg und Anna als legitim verheiratet. Der Beichtvater sucht tecto nomine der Cheleute bei der Bönitentiarie um sanatio in radice an. Dieselbe wird gewährt. Im Reskript heißt es: S. Poenitentiaria matrimonium, de quo in casu, sic ut exponitur, nulliter contractum, dummodo prior consensus perseveret, in radice sanat et convalidat, prolem sive susceptam sive suscipiendam exinde legitimam enunciando. Pro foro conscientiae, ita tamen ut huiusmodi gratia in foro quoque externo suffragetur, quem ad effectum praesentes litterae de venia poenitentis, expressis in eorum calce nominibus et cognominibus ac patria dictorum conjugum ad curiam episcopalem loci, ubi sponsi nunc degunt, transmittantur ibique serventur in secreto Archivo ad tramitem can. 1047 Cod. jur. can. ut pro quocumque futuro eventu de matrimonii validitate et prolis legitimitate constare possit. Der Beichtvater hat also die Frau zu veranlassen, daß sie gestatte, ihren und ihres Gemahls Namen und Geburtsort auf das Reskript zu setzen. Siedurch bekommt das Reskript, das nur einen Decknamen trägt, auch Beweiskraft für das forum externum. Das derart ausgefüllte Reskript ist an das zuständige bischöfliche Ordinariat zu schicken und daselbst im Geheimarchiv aufzubewahren, damit fo für die Zukunft auch für den äußeren Rechtsbereich ein Beweis vorhanden ist. Zu demselben Ziele hätte die Frau noch in einfacherer Weise gelangen können, wenn sie unter vollständiger Namensangabe für den äußeren Rechtsbereich durch ihren zuständigen Pfarrer im Wege des bischöflichen Ordinariates vom Apostolischen Stuhle die Sanation ihrer Che erbeten hätte.

Graz. Prof. Dr J. Haring.

X. (Kriegsgesangenen-Ehe.) Am Ende seiner russischen Kriegsgesangenschaft schloß Beter mit Aloisia in Sibirien eine Zivilehe. In die Heimat zurückgekehrt, trennen sich die beiden und möchte der Mann eine andere Ehe eingehen. Staatlich ist, wenn nicht ein trennendes Eheshindernis vorlag, die Ehe gültig, weil nach dem internationalen Eherecht die Form des Abschlußortes ersüllt wurde. Und kirchlich? As Katholik war Beter nach can. 1099 an die kirchliche Eheschließungsform gebunden.

Es fragt sich nur, ob nicht die Ausnahme des can. 1098 vorlag: Si haberi vel adiri nequeat sine gravi incommodo parochus vel ordinarius vel sacerdos delegatus. Die Erhebungen ergaben, daß am Orte des Cheabschlusses sich kein katholischer Seelsorger befindet und auch nicht in gewissen Zeitabständen dahin kommt. Die nächste katholische Seelforgsstation ist in zwei Bahnstunden erreichbar und wäre die Fahrt dorthin den Brautleuten möglich gewesen. Tropdem ist die Entscheidung für ein europäisches bischöfliches Ordinariat, bezw. Chegericht schwierig. Ift es schon miklich, daß die Gültigkeit der Che von einem dehnbaren Begriff wie grave incommodum abhängig gemacht ift, so fehlt der Nachweis, daß der Abschlußort zur Quasipfarre des zwei Bahnstunden entfernten Seelforgers gehört; denn die Beiziehung eines nicht zuftandigen Priefters ist nach can. 1098, § 2 zur Gültigkeit nicht notwendig. Es wird also in einem solchen Falle das bischöfliche Ordinariat im Wege der Nuntiatur das Aftenmaterial an den zuständigen Ortsordinarius jener Gegend zur Entscheidung übersenden. Freilich, eine rasche Antwort ist nicht zu ermarten.

Fraz. Prof. Dr J. Haring.

XI. (Gelegenheitsdiebstähle in Fabriken und anderen Betrieben.) Herr S. ift Arbeiter in einer Konservenfabrik. Daselbst entwendet er so viele Konserven, als er für seinen Haushalt nötig hat. Durch Drobungen eingeschüchtert, hat sich seine Frau nach anfänglichem Sträuben dazu verstanden, die Sachen im Haushalte zu verwenden und auch selbst davon zu essen, weil sie kein Geld von ihrem Manne bekommt zur Anschaffung ähnlicher Dinge. In der Osterbeichte klagt sie sich darüber an und fragt, ob sie auch in Zukunft so versahren dürse oder ob sie besondere

Verpflichtungen habe.

Bessimisten behaupten, das 7. Gebot sei in der Nachkriegszeit aus dem Moralkoder vieler Leute (soweit sie noch einen solchen haben) ausgelöscht. Die ersten Jahre nach dem Kriege schienen in der Tat jenen Bessimisten Recht zu geben. Immerhin sind mit der sortschreitenden Festigung der wirtschaftlichen Lage auch die Grenzen von Mein und Dein etwas gesesstigt worden; oder vielleicht wird man richtiger sagen: die Lockungen und Anreize zur Verwischung dieser Grenzen sind in etwa vermindert worden. Aber in gewissen Betrieben wird unentwegt weiter gestohlen; namenslich in jenen Betrieben, in denen Dinge für den Haußgebrauch und allgemein für den täglichen Vedarf erzeugt werden. Dahin gehört der obige Fall aus einer Konservensabrik. — "Wie? Ist das denn Diebstahl? Ist das nicht unser gutes Recht? Eine wohlbegründete, notwendige Kompensation für unsere unerfüllten Forderungen?"

Zunächst die Frage: Wie stellt sich der Eigentümer, hier der Fabrikbesitzer, zu dieser von manchen Angestellten geübten Prazis? — Gibt der Fabrikbesitzer in irgend einer Weise seine Einwilligung zu erkennen, dann ist die Sache selbstwerständlich; ebenso wenn die Angestellten aus dem Berhalten der Fabrikleitung mit Sicherheit auf deren stillschweigende Zustimmung schließen können; was etwa dann in Betracht käme, wenn